ÜBERBLICK ÜBER DIE
ÄNDERUNG DER EIGENKAPITALVEREINBARUNG
ZUR EINBEZIEHUNG DER MARKTRISIKEN

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Januar 1996
Übersetzung

Überblick über die Änderung der Eigenkapitalvereinbarung zur Einbeziehung der Marktrisiken


---


2 Das vorgeschlagene Rahmenkonzept bezog sich auf die folgenden Risiken: a) Risiken im Handelsbestand von Schuldverschreibungen und Aktien sowie der damit zusammenhängenden ausserbilanziellen Kontrakte; b) Fremdwährungsrisiko und Rohstoffrisiko.
I. Ergebnis des Konsultationsverfahrens


- dem VAR-Wert des Vortages;
- dem Durchschnitt der täglichen VAR-Werte der vorangegangenen 60 Geschäftstage multipliziert mit 3.


II. Einsatz interner Modelle für Aufsichtszwecke

qualitativen Kriterien für die Verwendung interner Modelle, wie sie im Vorschlag vom April dargelegt waren, wurden mit grosser Zustimmung aufgenommen. Kritische Äusserungen gab es daher vor allem zu den quantitativen Parametern des Konsultativpapiers. Zu den wesentlichsten Einwänden gehörten die folgenden Punkte:

- Der Multiplikationsfaktor sei zu hoch und untergrabe möglicherweise den Anreiz, das Modellverfahren zu verwenden.
- In die Modellparameter sollte mehr Flexibilität eingebaut werden (z.B. hinsichtlich der Einschränkungen für die Berücksichtigung von Korrelationen sowie der Verwendung von zwei verschiedenen Beobachtungszeiträumen).
- Es müsse näher erläutert werden, wie der sogenannte Aufschlag ("plus factor") in der Praxis angewandt werden würde.


a) Multiplikationsfaktor

9. Der Multiplikationsfaktor dient auch dazu, *eventuelle Schwachstellen* im Modellverfahren auszugleichen. Solche Schwachstellen können folgende Gründe haben:

- Nicht immer lässt sich von der Vergangenheit auf die Zukunft schliessen (z.B. können sich Volatilitäten und Korrelationen abrupt verändern).
- Die VAR-Schätzungen beruhen in der Regel auf den Positionen am Tagesende; das während des Tages entstehende Handelsrisiko ist darin im allgemeinen nicht berücksichtigt.
- Mit einem Modell lässt sich das Risiko, das sich aus aussergewöhnlichen Marktverhältnissen ergibt, nicht adäquat erfassen.
- Viele Modelle basieren auf vereinfachenden Annahmen für die Bewertung der im Portefeuille enthaltenen Positionen, insbesondere bei komplexen Instrumenten wie Optionen.

Unter Berücksichtigung der übrigen quantitativen Parameter ist der Ausschuss zu dem Schluss gelangt, dass sich bei einem Multiplikationsfaktor von 3 eine angemessene und vernünftige Eigenkapitalunterlegung ergibt, die diesen aufsichtlichen Bedenken Rechnung trägt.

b) **Zusätzliche Flexibilität der Parameter**


c) Der Aufschlag ("plus factor")


d) Behandlung des spezifischen Risikos


20. Sollte sich im Kreditgewerbe ein akzeptables Verfahren zur Messung des spezifischen Risikos im Rahmen des Modellverfahrens herausbilden, ist der Ausschuss bereit, sein Vorgehen in diesem Bereich nochmals zu überprüfen.

e) Zusammenfassung


III. Standardverfahren

Eigenkapitalvereinbarung sind die Bestimmungen dargelegt, auf die sich der Ausschuss für das Standardverfahren geeinigt hat.


IV. Definition des Eigenkapitals


- Es muss eine Ursprungslaufzeit von mindestens zwei Jahren haben und ist auf 250 % des zur Unterlegung der Marktrisiken der Bank verwendeten Eigenkapitals der Klasse 1 beschränkt.
- Es kann nur zur Unterlegung des Marktrisikos einschließlich des Fremdwährungsrisikos und des Rohstoffrisikos verwendet werden.
- Es kann ebenfalls bis zur Grenze von 250 % durch Elemente der Klasse 2 ersetzt werden, sofern die Gesamtlimits der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 nicht überschritten werden.
- Es muss eine "Lock-in"-Klausel enthalten, wonach weder Zins- noch Tilgungszahlungen geleistet werden dürfen, wenn dadurch die Eigenkapitalausstattung der Bank unter dem erforderliche Minimum liegen würde.

Darüber hinaus ist eine erhebliche Zahl von Mitgliedsländern der Ansicht, dass der Grundsatz der Eigenkapitalvereinbarung in ihrer bisherigen Fassung beibehalten werden sollte, wonach das auf konsolidierter Basis berechnete Eigenkapital der Klasse 1 mindestens die Hälfte des gesamten anrechenbaren Eigenkapitals ausmachen muss, das Eigenkapital der Klassen 2 und 3 zusammengenommen also nicht grösser sein darf als das gesamte Eigenkapital der Klasse 1. Der Ausschuss hat jedoch beschlossen, die Entscheidung, ob eine solche Obergrenze für die Verwendung des Eigenkapitals der Klasse 3 gelten soll, den nationalen Aufsichtsbehörden zu überlassen. Alle Länder werden den Grundsatz beibehalten, dass das gesamte anrechenbare Eigenkapital der Klasse 2 nicht mehr als 100 % des gesamten Eigenkapitals der Klasse 1 betragen darf.


V. Weitere Fragen im Zusammenhang mit der Eigenkapitalunterlegung von Markt- risiken

28. Banken, die ihre internen Modelle verwenden wollen, müssen über ein integriertes Risikomesssystem verfügen, das ihre sämtlichen Markt risiken abdeckt. Das bedeutet im Prinzip, dass das Risiko innerhalb einer Risikofaktorkategorie durchgängig mit demselben Verfahren gemessen werden muss (d.h. entweder mit dem Modellverfahren oder mit dem Standardverfahren). Banken, die


30. Unabhängig davon, ob die Banken Modelle verwenden oder nicht, muss auf jeden Fall beachtet werden, dass für das Gegenpartei-Risiko aus Derivativprodukten weiterhin die Eigenkapitalanforderungen gemäß der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 einschließlich der erfolgten Änderungen gelten. Ferner sollen die Eigenkapitalanforderungen für das Marktrisiko - wie die für das Kreditrisiko - auf weltweit konsolidierter Basis gelten.

VI. Kooperation mit anderen Aufsichtsorganen


⁴ Banken, die das Standard-Messverfahren anwenden, dürfen sich jedoch für ihre gesamten Optionspositionen und die zugehörigen Basiswerte der Szenario-Analyse bedienen.
Zuletzt veröffentlichten die beiden Ausschüsse ein gemeinsames Papier mit Empfehlungen für die Offenlegung von Informationen über die Handels- und Derivativgeschäfte von Banken und Wertpapierhäusern. In allen diesen Initiativen wurde beträchtliches Gewicht auf ein verbessertes und einheitlicheres Vorgehen der Aufsichtsbehörden im Hinblick auf die Marktrisiken gelegt.